

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/157

Bad Godesberg, den 18. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Heilsame Unruhe</u> Nordrhein-Westfalens Justizminister geht neue Wege	48
2 - 3	<u>Ost- und Südosteuropa zeigen Interesse</u> Chancen für eine Zusammenarbeit der europäischen Wirtschaftsblöcke Von Günther Scholz, Bonn	66
4	<u>"Vollkommen berechtigt und notwendig"</u> Rumänien verlangt ausgewogenen Atomsperrvertrag Von Pierre Simonitsch, Genf	48
5 - 6	<u>Demaskierung</u> Zur Lage der 165 000 Griechen in der Bundesrepublik Von Dr. Basil Katiopoulos	67

* * *

Heilsame Unruhe

Nordrhein-Westfalens Justizminister geht neue Wege

WG - Im nordrhein-westfälischen Justizministerium weht ein frischer Wind, seit Dr. Dr. Josef Neuberger am 8. Dezember 1966 das Ministeramt angetreten hat. War man in den früheren CDU-Kabinetten der Meinung, daß sich das Justizressort am allerbesten mit Schweigen umgeben solle, so geht der sozialdemokratische Amtschef andere Wege. Unter seiner Führung werden die Begriffe "Unrast" und "Aktivität" ganz groß geschrieben.

Als erfahrener und erfolgreicher ehemaliger Strafverteidiger widmet sich Dr. Neuberger mit ganz besonderer Energie der Modernisierung des Strafvollzuges. Ihm mangelt es nicht an der Einsicht, daß der Menschenwürde auch im Gefängnis ein Platz gebührt. Außerdem verpuffen alle Resozialisierungsbemühungen, wenn die Strafe auf engstem Raum in muffigen, stinkigen Zellen "abgebrummt" werden muß. Moderner Strafvollzug kann nun einmal nicht unter mittelalterlichen Bedingungen durchgeführt werden.

Die Kölner "Klingelpütz-Affäre" war Beweis genug für die Notwendigkeit, den achtjährigen Winterschlaf der Justiz unter der früheren CDU-Regierung Meyers ein Ende zu bereiten. Neuberger hat die Probleme mit Ideenreichtum, Mut und Elan angepackt. Seine überraschenden Inspektionsfahrten durch nordrhein-westfälische Strafanstalten, bei denen kein Mißstand seinem kritischen Blick entgeht, sind sprichwörtlich geworden; ebenso wie die Konsequenz, mit der er Mißstände beseitigt. Man denke nur an die sang- und klanglose Entlassung des früheren Kölner Generalstaatsanwalts in Zusammenhang mit der "Klingelpütz-Affäre".

Vor wenigen Tagen hat Neuberger bundesweites Aufsehen mit der Anordnung erregt, kurzfristige Freiheitsstrafen in Nordrhein-Westfalen vorerst nicht zu vollstrecken. Anlaß war eine Entscheidung des Oberlandesgerichtes Hamm, derzufolge die Unterbringung mehrerer Häftlinge in einer Gefängniszelle nur zulässig ist, wenn der Luftraum je Gefangenen mindestens 16 cbm umfaßt. Da die katastrophale Hafttraumnet zu einer Belegung vieler Einzelzellen mit drei Mann geführt hat, folgte Minister Neuberger dem Hammer Urteil mit dieser einmaligen und drastischen Entscheidung.

Der Vollstreckungsstopp ist zwar kein Straferlaß. Dennoch wird er viele Richter zu der Überlegung veranlassen, ob nicht sehr oft die Verhängung schwerer Geldstrafen einem kurzen Hafturteil vorzuziehen wäre. Neubergers Entscheidung hat den Richtern diese Denkaufgabe zugespiciet. Freilich war dies nicht ihr einziges oder wichtigstes Ziel. Mit dem Vollstreckungsstopp hat der Justizminister deutlich gemacht, daß die Forderung nach menschenwürdigen Verhältnissen im Strafvollzug keine hohle Phrase ist. In den Jahren der Konjunktur und des Booms ist der Strafvollzug vergessen worden. Die Sünden der Vergangenheit müssen jetzt abgebußt werden. Niemand wird den tatenfreudigen Justizminister in Düsseldorf widersprechen, wenn er sagt, daß zu einer intakten Justiz auch ein intakter Strafvollzug gehört. Der lärmende Protest der nordrhein-westfälischen CDU gegen Neubergers Entscheidung ist nicht mehr als die Pflichtübung einer Opposition, der nichts Neues mehr einfällt.

Ost- und Südosteuropa zeigen Interesse

Chancen für eine Zusammenarbeit der europäischen Wirtschaftsblöcke

Von Günther Scholz, Bonn

Nur wenige Wochen sind ins Land gegangen, seit Außenminister Brandt am 2. Juli mit seinem Vorschlag für eine "europäische Friedensordnung" hervorgetreten ist. Aber nach der Rückkehr des Ministers aus Bukarest und dem Abschluß in Prag, ja schon vorher läßt sich aus dem Echo in den Ostblockstaaten erkennen, daß diese Initiative auf Interesse stößt. Das gilt besonders für die Vorstellungen, die der Minister über eine sinnvolle Verbindung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem östlichen Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (COMECON) entwickelt hat. Hier finden sich eine ganze Reihe von Stimmen aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und sogar aus Polen, die den Gedanken für diskutabel halten. Nur die Sowjetunion schweigt sich bisher aus. Ihre letzte Äußerung zu diesem Thema, das ja an sich nicht neu ist, stammt von dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew. Er hat auf der Karlsbader Konferenz im April lediglich zweiseitige wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Ländern der beiden Wirtschaftsgemeinschaften in Ost- und Westeuropa gutgeheißen. Die Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit beschränkt er auf die Krankheitsbekämpfung, die Säuberung von Gewässern, das Farbfernsehen und die Kernforschung.

Die sowjetische Zurückhaltung wird dem verständlich sein, der sich die beherrschende Stellung dieser Weltmacht klarracht, die wohl in den USA, aber bisher nicht in der EWG, einen gleichwertigen Partner erkennt. Um so interessanter ist es, wie die von Moskau mehr oder weniger abhängigen Ostblockländer auf die Anregung des deutschen Außenministers eingehen. So hat es der ungarische Ministerpräsident Fock in einer Parlamentsrede begrüßt,

- * "daß sich in den führenden westeuropäischen Kreisen eine erhöhte
- * Bereitschaft kundtut, auch die Probleme zu untersuchen, die über
- * die bilateralen Beziehungen hinausgehen."

Auch namhafte Persönlichkeiten in der Tschechoslowakei haben sich für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa ausgesprochen. In Warschau sind die Gedanken von Brandt durchaus

objektiv wiedergegeben worden, wenn auch in den Pressekommentaren die Einschränkung gemacht wird: erst wenn Bonn die Oder-Neiße-Linie anerkennt, lasse sich über diese Vorschläge reden.

Jugoslawische Wissenschaftler, wie der bekannte kroatische Soziologe Professor Supek, machen darauf aufmerksam, daß nur durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa der Abstand zu den beiden Supermächten USA und UdSSR verkleinert werden könne. Und schließlich hat - noch vor dem Besuch des deutschen Außenministers in Bukarest - der rumänische Ministerpräsident Maurer gefordert, die europäischen Staaten in Ost und West müßten durch gegenseitige Bemühungen "eine neue Moral" in die internationalen Beziehungen bringen.

Wie lebendig jedoch der Wunsch nach einer Annäherung zwischen den beiden Wirtschaftsböcken bereits ist, zeigt sich in der Praxis der letzten Monate. So ist vor kurzem ein elektrisches Verbundnetz in Betrieb genommen worden, das Italien, Österreich und Jugoslawien verbindet. Vielleicht weist diese Tatsache auf die Möglichkeiten hin, die in Verhandlungen der EWG mit einzelnen COMECON-Mitgliedern liegen könnten.

Ohne besondere Schwierigkeiten müßte es angesichts des steigenden Ostwesthandels auch erreichbar sein, den gemeinsamen Güterwaggonpark der COMECON-Länder, OWP, und die europäische Güterwagengemeinschaft, EUROP, in einen ständigen Austausch zu bringen. Beide Gemeinschaften haben ja das Ziel, den Rücklauf von leeren Waggons zwischen den Mitgliedsländern einzuschränken.

Sicher gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Ansatzpunkte dafür, wie durch eine engere Zusammenarbeit der west- und osteuropäischen Länder zum wechselseitigen Nutzen Kosten gespart und die wirtschaftliche Entwicklung angeregt werden kann. Darin wäre es zu wünschen, daß die Bundesregierung ihre Aktivität in dieser Richtung verstärkt. Sie könnte sich dabei sogar auf das Schlußkommunique der Karlsbader Konferenz stützen, in dem die kommunistischen Parteien Osteuropas unter anderem erklären: "Besondere Bedeutung gewänne die Liquidierung der Hindernisse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern Europas, was eine fruchtbarere europäische Zusammenarbeit einschließlich bedeutender Übereinkommen auf den Gebieten der Produktion und der wissenschaftlichen Forschung fördern würde."

"Vollkommen berechtigt und notwendig"

Rumänien verlangt ausgewogenen Atomsperrvertrag

Von Pierre Simonitsch, Genf

Zu einem Zeitpunkt, da die Sowjetunion ihre gesamte Außenpolitik einer Bestandsaufnahme unterzieht, was die Vorlage des gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Atomsperrvertragsentwurfs verzögert, hat Rumänien in Genf den Willen zu einer unabhängigen Politik bekräftigt. Der rumänische Chefdelegierte an der Abrüstungskonferenz, Botschafter Ecobesco, zählte in einer mit Interesse erwarteten Rede - der ersten in diesem Jahr - alle Vorbehalte auf, die seine Regierung gegenüber der geplanten Vertragsfassung hegt. Als die wichtigsten Prinzipien seines ausgewogenen Atomsperrvertrags nannte Ecobesco:

1. Der Vertrag muß in ein System von Maßnahmen, die zur Vernichtung der Kernwaffenarsenale führen, eingeschlossen werden.
2. Der Vertrag muß allen Staaten - ob groß oder klein, mit oder ohne Kernwaffenbesitz - gleiche Sicherheitsgarantien bieten.
3. Der Vertrag darf nicht die friedliche Nutzung der Atomenergie behindern; sondern muß im Gegenteil ohne jede Diskriminierung die Rechte auf eine unbegrenzte Erforschung und Nutzung des Atoms zu friedlichen Zwecken sicherstellen.
4. Das Kontrollsystem muß alle Staaten auf der Basis der Gleichheit erfassen und darf keine Schlupflöcher aufweisen, welche die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ermöglichen könnten.

Rumänien betrachte es als "vollkommen berechtigt und notwendig", daß die Großmächte den Nichtatomstaaten bis zur Liquidierung aller Kernwaffen wirksame Sicherheitsgarantien gewähren, erläuterte der Botschafter. Eine solche Sicherheitsgarantie sieht Bukarest in einer abgewandelten Form des sogenannten "Kossygin-Vorschlags". Der sowjetische Ministerpräsident hatte schon vor einiger Zeit eine gemeinsame Verpflichtung der Atomkräfte angeregt, gegen Staaten, auf deren Territorium keine Kernwaffen lagern, niemals Kernwaffen einzusetzen. Diese Garantie hätte natürlich die Bundesrepublik und einige andere NATO-Staaten ausgenommen. Der rumänische Botschafter hat nun in Genf eine Ausdehnung der atomaren Nichtangriffsverpflichtung gegenüber allen Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, gefordert. - Zu den "präzisen Maßnahmen", mit denen der Atomsperrvertrag gekoppelt werden muß, zählt Rumänien die Einstellung weiterer Atomwaffenproduktion, das Verbot der unterirdischen Atomversuche für militärische Zwecke und in der Folge die Verringerung und vollständige Liquidierung der bestehenden Kernwaffenstocks. Ohne diese parallelen Abrüstungsschritte würde der Atomsperrvertrag die Gefahr eines thermonuklearen Krieges verewigen und die Teilung der Welt in Atom- und Nichtatomstaaten legalisieren. - Die Auswirkungen dieses rumänischen Manifestes auf die Politik des Warschauer Pakts sind noch nicht abzusehen. Nach einigen zaghaft angedeuteten Einwänden Polens gegen die Ziele der Großmächte hat sich jetzt Rumänien unmißverständlich auf die Seite der Neutralen gestellt. Allerdings wollen die Rumänen ihre Haltung nicht als die eines bündnisfreien Landes aufgefaßt sehen. "Ich habe nicht im Namen einer bündnisfreien, sondern einer unabhängigen Regierung gesprochen", erklärte Botschafter Ecobesco dem Berichtserstatter.

Demaskierung

Zur Lage der 165.000 Griechen in der Bundesrepublik

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Wer als Grieche in der Bundesrepublik mit dem Militärregime in Griechenland nicht einverstanden ist, muß mit den Druckmaßnahmen der Junta rechnen. Dazu gehört, daß Eltern ihren "verdächtigen" Kindern, Studenten in Westberlin, Aachen und München, nicht mehr den üblichen Monatswechsel überweisen dürfen. Neuerdings wurde wieder zwei Griechen in München der Paß entzogen, nachdem das schon vor einiger Zeit unter unerklärlichen Vorwand bei 14 anderen geschehen war.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ergriff schon bald nach dem Putsch die Initiative, damit jene Griechen, die vor einer Rückkehr in ihre Heimat zurückschreckten, Schutz und notfalls politisches Asyl erhalten. Anfang Juli teilte der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg seine Anregungen in einem Brief der Bundesregierung mit. In einer Schreiben des Innenministers Paul Lücke vom 25. Juli an die Ressortchefs der einzelnen Bundesländer wird dann auch empfohlen, wegen der augenblicklichen innenpolitischen Situation in Griechenland von Maßnahmen gegen jene Griechen abzusuchen, deren Paß von ihren Behörden eingezogen oder für ungültig erklärt worden sei. Als die Pässe der genannten beiden Griechen in München eingezogen worden waren, hatte das Bayerische Innenministerium einfach die Aufenthaltsgenehmigung verlängert. Außerdem wurden die örtlichen Polizeibehörden angewiesen, verfolgende Ansinnen seitens Dritter als rein griechische Angelegenheit abzulehnen.

Was bezweckt die Militärjunta mit ihren Maßnahmen? Will sie durch die Verbreitung von Angst und Unsicherheit die dynamischen und aktiven Kräfte unter den Griechen in der Bundesrepublik einschüchtern? Sollen diese mundtot gemacht werden, obwohl sie das Recht für sich haben, denn in ihrem rechtsstaatlichen Gastgeberland darf jeder auf legale Weise jederzeit seine Meinung frei äußern. Nach den Berichten von Augenzeugen, Flüchtlingen und der Korrespondenten der ausländischen Presse nimmt der Katalog der Gewalt der Junta täglich zu. Sollen auch die Auslandsgriechen schweigen zur totalen Zensur von Presse, Funk und Fernsehen, zur Einkerkierung und Deportation ihrer Landsleute in die Konzentrationsla-

ger, zu der den Professoren und Beamten abgezwungenen Loyalitätserklärungen und dazu, daß weltbekannte Künstler die Staatsangehörigkeit ab-erkannt wurde ?

Das Militärregime startete ein umfassendes Revirement aller offiziellen Vertretungen in der Bundesrepublik. Konsule wurden abberufen und die Schlüsselpositionen im Sozialrat und den Kommissionen des Arbeitsministeriums mit linientreuen Leuten besetzt. In zwei Berichten begründete THE SUNDAY TIMES ihre Zweifel, ob sich diese neuen Kräfte wirklich an die "Betreuung" der Griechen kümmern würden. DGB-Vorstandsmitglied G. Stephan erklärte ebenfalls, daß auf diese Weise kaum den Abmachungen über die Betreuung der Gastarbeiter entsprochen werde. Die griechische Botschaft in Bonn veröffentlichte einen Widerspruch, aber inzwischen wurde durch einen Bericht im Bayerischen Rundfunk und in der SUNDAY TIMES der Inhalt einer Weisung an die Mitglieder der Kommissionen des Athener Arbeitsministeriums, die in 24 Städten der Bundesrepublik Niederlassungen unterhält, bekannt. Danach ist - wohl für die "schwarze Liste" - monatlich über die Tätigkeit derjenigen Griechen zu berichten, die sich durch antidiktatorische Äußerungen usw. verdächtig machen. Die Betreuung der griechischen Behörde, daß sie nach wie vor für die Betreuung der Griechen in der Bundesrepublik mit den Deutschen Stellen zusammenarbeiten, läßt nur eine Leseart zu: diese Behörde weiß offensichtlich nicht immer, welche Rolle die neuen "Beobachter" hinter ihrem Rücken spielen. Nach unterrichteten Kreisen stehen selbst Botschaftsangehörige unter Kontrolle. Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG erörterte am 27. Juli 1967 die rechtlichen Fragen, die sich aus der Tätigkeit dieser Leute innerhalb des deutschen Staates ergeben.

Die Tatsache, daß die zuständigen deutschen Stellen (DGB, EKD, Gewerkschaften, Arbeitsministerium, Arbeitgeberverband und Unternehmer) den Griechen Tüchtigkeit, Arbeitswilligkeit, Sparsamkeit, gutes soziales und legales Verhalten bescheinigen, dürfte für das Verhalten der Bundesbehörden entscheidender sein als die Störmanöver diktatorischer Stoßtrupps. Der Präzedenzfall der Südkoreaner wird kaum eine griechische Parallele finden. Im Grunde werden die Reaktionen der Griechen nur durch die Druckmaßnahmen der Machthaber in Athen provoziert. Die Ablehnung von Gewalt und Unrecht weckt aber nicht nur bei den Freunden der griechischen Gastarbeiter und Studenten Gefühle der Solidarität und Verbundenheit.